Klimaschutz-Aktionsplan der Stadt Heidelberg - Sachstandstabelle zur Vorlage in den gemeinderätlichen Gremien

Stand: 03.11.2020 15:09

Text 30-Punkteplan (0329/2019/BV) BUA am 22.10.2019 und GR am 21.11.2019	Unterpunkte	Sachstand Oktober 2020	Hinweis zu Vorlagen oder Aufsichtsrates chlüssen
<p>1. 100 % Klimaneutralität für das Wachstum der Stadt - PHV sowie alle Neubauquartiere ab 2020 werden Plusenergie-Quartiere. Da bei städtischen Quartieren eine Vollversorgung im Gebiet aus heutiger Sicht nicht erreichbar ist, bedeutet dies, dass neben der dezentralen Solarenergienutzung im Zuge der Gebietsentwicklung erneuerbare Potentiale an anderer Stelle erschlossen werden. Hierbei sollen weiterhin die Entstehung von 40% geförderten Mietwohnraums, 30% Schwellenhaushalte, bei denen nicht mehr als 30% für Warmmiete gezahlt wird, und von 30% auf dem freien Markt verfügbare Wohnungen umgesetzt werden.</p>	<p>1.1 100 % Klimaneutralität für das Wachstum der Stadt - PHV sowie alle Neubauquartiere ab 2020 werden Plusenergie-Quartiere.</p>	<p>Das Konzept zu PHVision sieht ein Plusenergiequartier vor. Für Hospital ist ein Nullemissionsquartier geplant. Erforderlich sind hohe bauliche und technische Energieeffizienz und erneuerbare Strom- und Wärmeversorgung. Soweit möglich sollen Solaranlagen auf den Dachflächen im jeweiligen Quartier entstehen, mit der Vorlage DS 0158/2020/BV werden die Weichen gestellt, Bauherren zu verpflichten Solaranlagen zu bauen. Die Quartiersenergiekonzepte müssen weiter ausdifferenziert und in der Umsetzung fachlich begleitet, bilanziert und evaluiert werden. Für die Erhöhung von Sanierungsraten und energetischer Qualität im Gebäudebestand sind Quartierskonzepte ebenfalls ein vielversprechender Ansatz. Aktuell wird erstmalig für den Hasenleiser ein energetisches Quartierskonzept unter Federführung von Amt 31 erstellt (nähere Informationen unter Punkt 6 Altbausanierung).</p> <p>Auch bei der Entwicklung des Campus Im Neuenheimer Feld wurde das Thema Klimaneutralität in die Aufgabenstellung beim städtebaulichen Wettbewerb als Baustein mit aufgenommen. Im Zuge des Wettbewerbsverfahrens wurde die Klimaneutralität sowohl im Bestand als auch bei Neubauten, bei der Energieversorgung und der Mobilität von den 4 Büros mitgedacht, die genaue Umsetzungsstrategie ist bei Vertiefung der Planung mit den beauftragten Büros weiter zu entwickeln.</p> <p>Im Rahmen des Entwicklungsprozesses sind neben den technischen Fragen insbesondere die Fragen der Finanzierung der Maßnahmen zu klären.</p> <p>Die Fortschreibung der Energiekonzeption wird derzeit um die Themen Plusenergie-Quartiere, Graue Energie und Mobilität, ergänzt und dem GR Anfang 2021 zum Beschluss vorgelegt.</p>	<p>DS 0158/2020/BV</p>
	<p>1.2 Da bei städtischen Quartieren eine Vollversorgung im Gebiet aus heutiger Sicht nicht erreichbar ist, bedeutet dies, dass neben der dezentralen Solarenergienutzung im Zuge der Gebietsentwicklung erneuerbare Potentiale an anderer Stelle erschlossen werden.</p>	<p>Im Rahmen der MRO-, Regional- und Flächennutzungsplanung sollen Flächen für Erneuerbare Energien ermittelt und als Vorranggebiete ausgewiesen werden. Da verfügbare Flächen und Potenziale in Heidelberg begrenzt sind, soll der Ausbau von erneuerbaren Energien nicht an den Stadtgrenzen aufhören.</p> <p>Die Stadtwerke sind aufgefordert, Potenziale für erneuerbare Energieerzeugung, vorrangig Wind und Solar, in der Region zu erschließen. Die Stadtwerke beteiligen sich hierzu an der Trianel Wind und Solar GmbH & Co. KG (kurz:TWS) mit 7 Millionen Euro. Die TWS wurde 2020 mit dem Zweck gegründet, sich als kommunale Investitionsplattform für den deutschlandweiten Ausbau von erneuerbaren Energien im Bereich Wind Onshore und Photovoltaik zu betätigen.</p> <p>Ziel ist es, im Verbund mit weiteren Stadtwerken die Entwicklung von Solar- und Windenergie-Anlagen bundesweit voranzutreiben. Die Stadtwerke Heidelberg werden über die Kooperation überregional mehrere Sonnen- und Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 14 Megawatt umsetzen – dadurch können 13.000 Haushalte versorgt werden. Damit zählt Heidelberg bundesweit zu den vier größten Investoren innerhalb der neuen Gesellschaft zum Ausbau von Wind- und Solarenergie.</p> <p>Zugleich spart Heidelberg weitere 15.300 Tonnen CO₂ pro Jahr bis 2024 ein.</p> <p>Bis 2030 ist über die neue Gesellschaft ein Ausbau für Heidelberg bei Wind- und Sonnenenergie von rund 24 Megawatt geplant. Das entspricht einer jährlichen Senkung des CO₂-Ausstoßes um 33.000 Tonnen.</p>	

Text 30-Punkteplan (0329/2019/BV) BUA am 22.10.2019 und GR am 21.11.2019	Unterpunkte	Sachstand Oktober 2020	Hinweis zu Vorlagen oder Aufsichtsrates chlüssen
	1.3 Hierbei sollen weiterhin die Entstehung von 40% geförderten Mietwohnraums, 30% Schwellenhaushalte, bei denen nicht mehr als 30% für Warmmiete gezahlt wird, und von 30% auf dem freien Markt verfügbare Wohnungen umgesetzt werden.	Für MTV und Hospital gibt es hierzu bereits vertragliche Vereinbarungen, dabei sind beim Energieeffizienzstandard der Gebäude allerdings Abstriche gemacht worden, die dem Ziel der CO ₂ -Neutralität entgegenstehen. Hier sind verstärkt Informationen und Fortbildungen erforderlich, um die umfangreichen Praxiserfahrungen mit dem Bau von kostengünstigen, hoch energieeffizienten Gebäuden zu vermitteln.	
2. 50% „grüne“, CO ₂ -neutrale Wärme für alle Fernwärme-Kunden bis 2020 und eine weitestgehend CO ₂ -neutrale Gestaltung der Heidelberger Fernwärme bis 2030. Kein Bezug weiterer Fernwärme aus Steinkohle ab 2030.	2.1 50% „grüne“, CO ₂ -neutrale Wärme für alle Fernwärme-Kunden bis 2020	14 % der Heidelberger Fernwärme werden im Holzheizkraftwerk im Pfaffengrund erzeugt, weitere 6 % in vier Biogas-Blockheizkraftwerken. Mit dem Anschluss der thermischen Abfallverwertung auf der Friesenheimer Insel in Mannheim im Februar 2020 wurde das Ziel 50 % grüne CO ₂ -neutrale Fernwärme 2020 erreicht. Der Hauptanteil Fernwärmeerzeugung erfolgt in Kraft-Wärme-Kopplung, also gleichzeitiger Strom- und Wärmeerzeugung, und damit mit höchster Energieeffizienz. CO ₂ -Einsparung: 48.000 t	
	2.2 und eine weitestgehend CO ₂ -neutrale Gestaltung der Heidelberger Fernwärme bis 2030	Weitere Maßnahmen zur erneuerbaren Fernwärmeerzeugung befinden sich in der Entwicklung und Umsetzung. Dies umfasst Anlagen zur erneuerbaren Eigenerzeugung in Heidelberg und den Bezug erneuerbarer Wärme aus der Region. Im Bereich der erneuerbaren Eigenerzeugung von Fernwärme in Heidelberg sind die Nutzung von Strom zur Wärmeerzeugung in Zeiten mit einem Überangebot an erneuerbarem Strom im Großhandelsmarkt mittels einer Power-to-Heat-Anlage in Verbindung mit dem Energie- und Zukunftsspeicher im Pfaffengrund zu nennen sowie der Einsatz von Großwärmepumpen im Förderrahmen der "innovativen Kraft-Wärme-Kopplung" (iKWK). Durch diese Anlagen erhöht sich der Anteil der Eigenerzeugung von erneuerbarer Wärme in Heidelberg auf rund 30 %. Das Fernwärmekonzept für PHV sieht ein Niedertemperaturnetz (85 °C) für die Bestandsgebäude vor und für die Neubauquartiere ein "Wechselwarmes Netz" mit dem Ziel einer integrierten Wärme- und Kälteversorgung mit dezentralen elektrischen Wärmepumpen. Das niedrige Temperaturniveau des "Wechselwarmen Netzes" (ca. 20 °C) ermöglicht im PHV die Integration von Erdwärmesonden und Abwärme aus Gebäuden und Abwasserkanälen. Zur gemeinsamen Entwicklung einer grünen Wärmeversorgung im Rhein-Neckar-Gebiet wurde 2019 die wärme.netz.werk Rhein-Neckar GmbH gegründet. Diese Gesellschaft ist ein Zusammenschluss aus MVV, TWL Ludwigshafen und den Stadtwerken Heidelberg. Durch den Wärmebezug aus der thermischen Abfallverwertung auf der Friesenheimer Insel können bereits heute ca. 30 % des Heidelberger Fernwärmebezugs CO ₂ -neutral aus der Region bereitgestellt werden. Ein weiterer Schritt soll der Anschluss eines Biomasseheizkraftwerks der MVV im Jahr 2024 sein. Aus diesen beiden Anlagen werden dann 40 % des Heidelberger Fernwärmebezugs CO ₂ -neutral aus der Region gedeckt.	
		Insgesamt liegt damit die Basis für eine weitestgehend CO ₂ -neutrale zukünftige Gestaltung der Heidelberger Fernwärme vor, die konzeptionell in den nächsten Monaten noch ergänzt wird. So untersucht die MVV im Rahmen eines Reallabors die Möglichkeit der Einbindung von Flusswärmepumpen am Rhein. Auch weitere Potentiale für Biomasse-Anwendungen werden bei der regionalen Betrachtung berücksichtigt. Darüber hinaus können nun die Potentiale der Tiefengeothermie in dem räumlichen Gebiet von Brühl, Schwetzingen, Hockenheim, Ketsch und Mannheim-Neckarau untersucht werden, wofür eine Aufsuchungserlaubnis einem Konsortium um die MVV im Juli erteilt wurde. CO ₂ -Einsparung bis 2025: 77.500 t	

Text 30-Punkteplan (0329/2019/BV) BUA am 22.10.2019 und GR am 21.11.2019	Unterpunkte	Sachstand Oktober 2020	Hinweis zu Vorlagen oder Aufsichtsrates chlüssen
	2.3 Kein Bezug weiterer Fernwärme aus Steinkohle ab 2030.	Das Ziel, ab 2030 keine Fernwärme aus Steinkohle zu beziehen, ist unmittelbar mit den genannten Fortschritten beim Ausbau der "Grünen Fernwärme" und der Eigenerzeugung von Wärme (Punkt 3) verknüpft. Für die Wärmeerzeugung ohne Steinkohleeinsatz ist die Einbindung ausreichender erneuerbarer Energiequellen unter Wahrung der Versorgungssicherheit und unter Beachtung der Bundesgesetzgebung notwendig. Der Bundestag hat im Juli das "Kohleausstiegsgesetz" beschlossen und damit den Fahrplan für die Abschaltung aller Kohlekraftwerke in Deutschland verbindlich festgelegt. Für das GKM in Mannheim bedeutet dies, dass die letzte Anlage (Block 9) im Jahr 2032 stillgelegt wird. Ergebnis dieses Fahrplans ist darüber hinaus aber auch, dass die beiden älteren Blöcke des GKM zeitnah stillgelegt werden. Für den Block 7 ist der Stilllegungsbeschluss des Betreibers bereits getroffen worden. Das Kraftwerk speist bereits heute keine Fernwärme mehr in das regionale System ein. Eine Stilllegung des Blockes 8 ist in den nächsten zwei Jahren zu erwarten. Somit werden die Erzeugungskapazitäten des GKM, sehr viel früher als erwartet, um mehr als die Hälfte reduziert.	
3. Ein Drittel Eigenerzeugung für die Fernwärme in Heidelberg bis 2025.		Die Eigenerzeugung im Bereich Wärme liegt momentan bei rund 25 %. Davon stammen 20 % aus erneuerbaren Energien, wobei 14 % der Heidelberger Fernwärme im Holzheizkraftwerk im Pfaffengrund und weitere 6 % in vier Biogas-Blockheizkraftwerken erzeugt werden. Bis 2024 sollen die beiden innovativen Kraft-Wärme-Kopplungs Anlagen (iKWK), welche jeweils aus einem Blockheizkraftwerk, einer Wärmepumpe und einem Elektrodenkessel bestehen, ebenfalls ans Heidelberger Fernwärmenetz angeschlossen werden. Dadurch wird sich die Eigenerzeugung auf rund ein Drittel des Fernwärmebedarfs bis 2025 erhöhen. CO ₂ -Einsparung: 57.500 t	
4. 25 Megawatt zusätzlich installierte Leistung an Photovoltaik in Heidelberg bis 2025. Hierfür wird eine aktive aktive Werbestrategie durch die Stadt, die Stadtwerke und Kooperationspartner entwickelt, durch die einfach eine Solaranlage auf dem eigenen Dach installiert werden kann.	4.1 25 Megawatt zusätzlich installierte Leistung an Photovoltaik in Heidelberg bis 2025.	Das Ziel erfordert im Zeitraum bis 2025 eine sechsfach höhere jährliche Ausbaurate gegenüber der Vergangenheit. Hierfür wurde eine Strategie mit folgenden Säulen entwickelt: 1. Nutzung aller Potentiale auf den Dächern der Stadt und der städtischen Gesellschaften, 2. Solarkampagne mit verstärkter Beratung und Öffentlichkeitsarbeit. 3. Verpflichtung zu Photovoltaiknutzung auf Neubauten, 4. Ein Vorschlag zur Ergänzung des Förderprogramms rationelle Energieverwendung um die Förderung von PV-Anlagen wurde erarbeitet und im AKUM am 14.10.2020 verabschiedet, 5. Angebote der Stadtwerke Heidelberg für Errichtung und Betrieb von PV-Anlagen: heidelberg ENERGIEDACH und heidelberg MIETERSTROM; sowie Angebote der Heidelberger Energiegenossenschaft (HEG), 6. Erschließung von PV- und Wind-Freiflächenpotentialen in der Region und im Bundesgebiet. In der Vergangenheit wurden Photovoltaik-Anlagen in Bebauungspläne als fakultativ zulässig festgesetzt. Seit dem Beschluss des Gemeinderates zum 30-Punkte-Klimaschutz-Aktionsplan, zum Bebauungsplan Bahnstadt-Campus und zur PV-Pflicht werden PV-Anlagen als zwingend erforderlich festgesetzt. Auch in städtebaulichen Verträgen und in Vorhabenbezogenen Bebauungsplänen sowie beim Verkauf städtischer Grundstücke wird eine Verpflichtung zur PV-Nutzung aufgenommen. Für die Dächer von Neubauten der Stadt wurde eine Selbstverpflichtung zur PV-Nutzung beschlossen, wie sie bereits seit längerer Zeit in der Praxis erfolgt. Die Vertreter des Gemeinderats im Aufsichtsrat der GGH wurden aufgefordert, dort auf eine entsprechende Beschlussfassung hinzuwirken. Stadt und städtische Gesellschaften können theoretisch etwa 66% (16,6 MWp) des im KAP geplanten Zubaus von 25 MWp erfüllen. Bei diesem theoretischen Potential sind der Sanierungszustand der Dächer, Restriktionen durch Denkmalschutz und Satzungsgebiete etc. nicht berücksichtigt. Insbesondere muss bei jeder einzelnen PV-Anlage vor der Errichtung die Statik des Daches geprüft werden. Die kurz- und mittelfristig realisierbaren Potentiale liegen daher weit niedriger.	DS 0158/2020BV DS 0077/2020/IV DS 0099/2020/IV

Text 30-Punkteplan (0329/2019/BV) BUA am 22.10.2019 und GR am 21.11.2019	Unterpunkte	Sachstand Oktober 2020	Hinweis zu Vorlagen oder Aufsichtsratsbeschlüssen
		<p>Auf nicht kommunalen Gebäuden waren bis einschließlich 2018 im Stadtgebiet 761 PV-Anlagen mit einer Gesamtleistung von 19.892 kWp installiert. 2019 kamen 67 Anlagen mit einer Leistung von 1.424 kWp hinzu. Bis zum 03.07.2020 kamen weitere 47 Anlagen mit einer Leistung von 1.024 kWp hinzu, so dass aktuell im Stadtgebiet 875 PV-Anlagen mit einer Gesamt-Leistung von 22.341 kWp installiert sind.</p> <p>Auf den Dachflächen von kommunalen Gebäuden inclusive städtischer Gesellschaften sind 74 Anlagen mit einer Gesamtleistung von 2.868,18 kWp installiert.</p> <p>Zur Sicherstellung dieses sehr ambitionierten Ziels haben die Gremien der Stadtwerke und der Stadt Heidelberg eine Beteiligung der Stadtwerke an der in Gründung befindlichen Trianel Wind und Solar GmbH & Co. KG (kurz: TWS) beschlossen (siehe auch Punkt 1.2).</p>	
	<p>4.2 Hierfür wird eine aktive Werbestrategie durch die Stadt, die Stadtwerke und Kooperationspartner entwickelt, durch die einfach eine Solaranlage auf dem eigenen Dach installiert werden kann.</p>	<p>Im Zuge der bisherigen Solarkampagne konnten seit 2018 insgesamt 180 Beratungen in Kooperation mit der KliBA, den Stadtwerken, der HEG, der Innung für Elektro- und Informationstechnik sowie der Klimaschutz+Stiftung durchgeführt werden. Es wurden 30 Anlagen mit 210 kWp installiert. Dies entspricht durchschnittlich 7 kWp pro Anlage. Dies entspricht einer Einsparung von etwa 102 t CO₂/a.</p> <p>Insgesamt weist das Solardachkataster für Heidelberg ein theoretisch nutzbares Gesamtpotential von 405 MW Leistung auf, wodurch ca. 350 GWh/a Strom erzeugt werden könnten. Dies entspricht einer Einsparung von 190.400 t CO₂/a. Aktuell sind im Stadtgebiet PV-Anlagen mit einer Gesamtleistung von 22,3 MWp installiert.</p> <p>Die Werbestrategie sieht vor:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Öffentlichkeitsarbeit zur Solarstromnutzung auf Wohngebäuden, vorrangig anhand realisierter Anlagen und Berichte der Eigentümer 2. Vor-Ort-Beratungsangebote für private Haushalte und Bauherren zu Eigenstrom- und Mieterstromversorgung 3. Vor-Ort-Beratung für Gewerbebetriebe und Wohnungsbaugesellschaften 4. Kommunikation der Energiedienstleistungsangebote der Stadtwerke und der Heidelberger Energiegenossenschaft für eine professionelle Projektabwicklung. 	
<p>5. 100% „grüner“, CO₂-neutraler Strom für die Bürgerinnen und Bürger, die sich in der Versorgungspflicht durch die Stadtwerke befinden bis 2025.</p>		<p>Das Ziel wurde umgesetzt. Die kommunalen Liegenschaften der Stadt Heidelberg sowie die Straßenbahnen und der Betriebshof der rnv beziehen 100% Ökostrom der Stadtwerke Heidelberg.</p>	

Text 30-Punkteplan (0329/2019/BV) BUA am 22.10.2019 und GR am 21.11.2019	Unterpunkte	Sachstand Oktober 2020	Hinweis zu Vorlagen oder Aufsichtsrates chlüssen
<p>6. Verdoppelung der Altbausanierungsrate bis 2030. Eine Erhöhung der Sanierungsrate für Heidelberger Privat-Immobilien auf jährlich mindestens 2,5% und städtischer Immobilien auf mindestens 3% und einen umfassenden Sanierungsfahrplan für städtische Gebäude (inkl. GGH und möglichst auch GGH-Beteiligungen) unmittelbar konzipieren und bis 2040 realisieren, einschließlich Prüfung von PV-Nachrüstungsmöglichkeiten. Die Kosten der energetischen Sanierung dürfen die Warmmiete nicht erhöhen.</p>	<p>6.1 Verdoppelung der Altbausanierungsrate bis 2030. Eine Erhöhung der Sanierungsrate für Heidelberger Privat-Immobilien auf jährlich mindestens 2,5%</p>	<p>Die genaue Sanierungsrate in Heidelberg ist nicht bekannt, da es hierfür keine einheitliche Definition und Erhebungsmethode gibt und daher keine Erhebungen stattgefunden haben. Bundesweit wird von einer 1%igen Sanierungsrate ausgegangen, allerdings ohne Belege für Quellen und Erhebungsmethoden. Nimmt man diesen Wert als Basis ist eine 2,5 fache Erhöhung der Sanierungsrate erforderlich. Seit über 20 Jahren werden in Heidelberg Beratungen rund um die Vorteile von energetischen Sanierungen, die technische Ausführung und die Nutzung von Fördermitteln, für Bürger und Firmen über die städtische Energieberatungs-Hotline angeboten, die die KliBA im Auftrag des Amtes für Umweltschutz betreut. Das Förderprogramm „Rationelle Energieverwendung“ schafft seit 1993 finanzielle Anreize für Sanierungen. Zur Attraktivitäts- und Effizienzsteigerung wird der Start einer Sanierungskampagne mit Vor-Ort-Beratungsangeboten für Wohngebäude und gewerbliche Gebäude und Beratungsveranstaltungen in den Stadtteilen, in Kooperation mit BUND und KliBA, vorgeschlagen. Die KfW verzeichnet im ersten Quartal 2020 52 Anträge im Bereich "Energieeffizientes Sanieren" im Raum Heidelberg. Das städtische Förderprogramm hatte 21 Anträge. Grundsätzlich verzeichnet das städtische Förderprogramm in den vergangenen 10 Jahren sinkende Antragszahlen, während die der KfW stark steigen. Insgesamt wurden 2019/20 102 Förderanträge gestellt, davon wurden 79 Anträge bereits bewilligt. Die CO₂-Einsparungen betragen für 2019/20 mit 181 t CO₂.</p>	<p>Aktuelle Statistik Förderprogramm Rationelle Energieverwendung</p>
		<p>Hinzu kommen außerdem die Förderanträge für Passivhäuser aus der Bahnstadt, wo derzeit noch rund 2,7 Mio € an Fördermitteln für 5 Baufelder gebunden sind. Für die Bahnstadt wurden 2019/20 knapp 1 Mio € an Fördermitteln für 3 Baufelder ausgezahlt. Für das Quartier Hasenleiser ist ein energetisches Quartierskonzept entwickelt worden und kurz vor der Fertigstellung, hier werden Maßnahmen zur Erhöhung der Sanierungsrate vorgeschlagen, die in den nächsten 3-5 Jahren durch ein energetisches Sanierungsmanagement angeregt werden sollen. Hierfür soll ein Antrag bei der KfW im Rahmen des Programms 432 erfolgen, um eine Förderung von 65% zu erhalten. Es wird aktuell auch an Quartiersmanagementprojekten im Boxberg, Emmertsgrund und Westliches Bergheim gearbeitet. Es wird vorgeschlagen, weitere KfW-Anträge für energetische Quartierskonzepte und deren Umsetzung zu stellen. Für städtische Gebäude hat das Hochbauamt ein Konzept zur Einschätzung des Sanierungsstaus vorgelegt. Dies ist eine gute Grundlage, um die Steigerung der Altbausanierungsrate bis 2030 zu prognostizieren.</p>	

Text 30-Punkteplan (0329/2019/BV) BUA am 22.10.2019 und GR am 21.11.2019	Unterpunkte	Sachstand Oktober 2020	Hinweis zu Vorlagen oder Aufsichtsratsbeschlüssen
	6.2 Eine Erhöhung der Sanierungsrate städtischer Immobilien auf mindestens 3%	Die stetige energetische Verbesserung des städtischen Gebäudebestandes wird bei allen Sanierungen entsprechend der aktuell gültigen Energiekonzeption 2010 umgesetzt. Sanierungen werden derzeit nur dort durchgeführt, wo dies bautechnisch oder durch Nutzeränderungen notwendig ist. Die Kombination der energetischen Sanierung mit erforderlichen Maßnahmen ist die wirtschaftlich optimale Variante. Quantitativ lässt sich die Sanierungsrate derzeit nicht feststellen. Mit der Maßnahme BS12 „Sanierung städtischer Gebäude“ aus dem Masterplan 100 % Klimaschutz wird vorgeschlagen, zukünftig alle Gebäude im Rahmen eines langfristigen Planungskonzeptes in Bezug auf die Nutzung und möglichen Energieeinsparpotentialen zu analysieren und ein langfristiges Umsetzungs- und Finanzierungskonzept zu erarbeiten. Sanierungsquoten werden in Kommunen derzeit uneinheitlich erfasst und sollen sich an einem bundesdeutschen und international vergleichbaren Ansatz orientieren.	
	6.3 einen umfassenden Sanierungsfahrplan für städtische Gebäude (inkl. GGH und möglichst auch GGH-Beteiligungen) unmittelbar konzipieren und bis 2040 realisieren, einschließlich Prüfung von PV-Nachrüstungsmöglichkeiten.	Das Hochbauamt strebt als Resultat der unter Punkt 6.1 genannten Konzepterstellung zur Ermittlung des Sanierungsstaus auch die Erstellung eines Sanierungsfahrplans an.	
		Bei der GGH werden umfangreiche Sanierungsmaßnahmen grundsätzlich im Rahmen der strategischen Ausrichtung des Unternehmens durch die Gremien der GGH im Wirtschaftsplan festgelegt. Eine Fremdbeauftragung von Sanierungsfahrplänen für die Bestandsgebäude der GGH ist weder erforderlich noch vorgesehen. Für Anfang 2021 ist eine Klausurtagung des Aufsichtsrats zum Thema „Leistungsfähigkeit der GGH anhand der strategischen Ausrichtung und der Bilanzentwicklung“ geplant. Die Schwerpunkte werden hierbei auf den Bereichen Ökologie, Soziales und Wirtschaftlichkeit liegen. Sanierungen können ebenfalls behandelt werden. Seit 2010 wurden Bestandsgebäude mit insgesamt 959 Wohneinheiten umfangreich saniert (Fenster, Fassade, Dach etc.). Insgesamt 13,7% des Bestands in 10 Jahren oder 1,37% p.a. Im gleichen Zeitraum wurden 737 Wohneinheiten aus den 1920er und 1950er durch energieeffiziente Neubauten ersetzt. Insgesamt 10,5% des Bestands in 10 Jahren oder 1,05% p.a. In weiteren Gebäuden mit 1169 Wohneinheiten wurde die komplette Heizanlage saniert bzw. erneuert. Insgesamt 16,9% des Bestands in 10 Jahren oder 1,69% p.a. Die Sanierungsrate der GGH lag in den letzten 10 Jahren (je nach Betrachtung/Definition) also zwischen 1,37% und 4,11% bezogen auf den Gesamtbestand. Lässt man die Neubauten (ohne Ersatzneubauten) der letzten 20 Jahre außer Betracht lag die Sanierungsrate zwischen 1,6% und 4,8% p.a. Hinzu kommen weitere kleinere energetische Sanierungen wie z.B. die Dämmung der obersten Geschossdecke bzw. der Kellerdecke.	

Text 30-Punkteplan (0329/2019/BV) BUA am 22.10.2019 und GR am 21.11.2019	Unterpunkte	Sachstand Oktober 2020	Hinweis zu Vorlagen oder Aufsichtsrates chlüssen
		<p>Die Entscheidung welche Maßnahmen sinnvoll sind und welche wirtschaftlichen Auswirkungen diese haben, muss letztendlich immer im Einzelfall erfolgen. Hierbei sind grundsätzlich die Vollkosten und nicht nur die Kosten der energetischen Sanierung zu betrachten. Insbesondere durch die Sanierung ausgelöste Maßnahmen des vorbeugenden Brandschutzes belasten die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme erheblich. Die Notwendigkeit der Einfallbetrachtung gilt auch für die sog. Warmmietenneutralität. Pauschal eine 100 prozentige Warmmietenneutralität zu garantieren ist nicht möglich, da der Energieverbrauch maßgeblich auch vom Nutzerverhalten und den klimatischen Verhältnissen abhängig ist.</p> <p>Die vorliegende PV-Potenzialanalyse wird derzeit gemeinsam mit den SWH genauer evaluiert. Für erste Dächer sind bereits Gestattungsverträge zur Installation von PV-Anlagen abgeschlossen bzw. in Endverhandlung.</p>	
	6.4 Die Kosten der energetischen Sanierung dürfen die Warmmiete nicht erhöhen.	<p>Hier sind Planer und Investoren gleichermaßen angehalten, kostengünstige technische Lösungen und Arbeitsabläufe zu planen und umzusetzen. Gleichzeitig ist ein möglichst langer Abschreibungs- und Finanzierungszeitraum entsprechend der Lebensdauer der Maßnahme zielführend. Dies erfordert ein verstärktes Beratungsangebot auch in Bezug auf Fördermittel wie unter 6.2 genannt.</p>	
7. Steigerung der Fahrgastzahlen im ÖPNV um 20% bis 2025. Die Stadt sucht zudem Gespräche mit dem Land Baden-Württemberg, um die gesetzlichen Grundlagen für einen fahrscheinlosen ÖPNV zu schaffen.	7.1 Steigerung der Fahrgastzahlen im ÖPNV um 20% bis 2025.	<p>In Umsetzung sind verschiedene Maßnahmen zur Steigerung der Fahrgastzahlen (sowohl rnv/HSB als auch Stadt/RNK). Darunter sind zahlreiche Angebotsverbesserungen bei Bus- und Straßenbahnlinien, Schaffung höherer Beförderungskapazitäten durch die Bus- und Bahnbeschaffung, weitere Ausbaumaßnahmen (Infrastruktur) usw.</p> <p>Die rnv wird Dieselbusse durch Wasserstoffbusse ersetzen. Diese tragen sowohl durch die Steigerung der Kapazitäten als auch die alternative Antriebstechnik zum Klimaschutz bei.</p>	
	7.2 Die Stadt sucht zudem Gespräche mit dem Land Baden-Württemberg, um die gesetzlichen Grundlagen für einen fahrscheinlosen ÖPNV zu schaffen.	<p>Der fahrscheinlose ÖPNV setzt eine Gegenfinanzierung durch eine Nahverkehrsabgabe oder ähnliches voraus. Somit besteht eine Verknüpfung zu Punkt 22. Das Land arbeitet an einer für die kommunalen Umsetzung notwendigen Gesetzesgrundlage.</p> <p>Zu diesem Thema wird unter Zuziehung des Verkehrsministeriums Ba-Wü und des Gutachters eine Informationsvorlage in den GR-Gremien behandelt.</p>	
8. Stufenweise Aufstockung des Bio-Anteils an der Mittagsverpflegung in Heidelberger Schulen und Kindertageseinrichtungen von 30 % auf 50 % bis 2022, ohne dass der Elternanteil erhöht werden muss. Vor diesem Hintergrund durch die Ausrufung eines Klimanotstandes soll in sämtlichen öffentlichen Einrichtungen und Kantinen künftig mindestens eine vegane Speise täglich angeboten werden.	8.1 Stufenweise Aufstockung des Bio-Anteils an der Mittagsverpflegung in Heidelberger Schulen und Kindertageseinrichtungen von 30 % auf 50 % bis 2022, ohne dass der Elternanteil erhöht werden muss.	<p>Es ist in Planung den Bio-Anteil beim Mittagessen in den städt. Kitas über die Produktbestellungen im Rahmen des bestehenden Vertrages zu erhöhen. Für die geplante Erhöhung auf 50 % erfolgt die Vergabeprüfung in Bezug auf eine notwendige Ausschreibung. Nach Rückmeldung der Caterer/Betreiber hat die Aufstockung des Bio-Anteils bei der Schulverpflegung einen Preisanstieg zur Folge.</p>	

Text 30-Punkteplan (0329/2019/BV) BUA am 22.10.2019 und GR am 21.11.2019	Unterpunkte	Sachstand Oktober 2020	Hinweis zu Vorlagen oder Aufsichtsrates chlüssen
	8.2 Vor diesem Hintergrund durch die Ausrufung eines Klimanotstandes soll in sämtlichen öffentlichen Einrichtungen und Kantinen künftig mindestens eine vegane Speise täglich angeboten werden.	Die Caterer haben grundsätzlich auf die Position der Deutschen Gesellschaft für Ernährung zur veganen Verpflegung von Kindern verwiesen. Vegane Speisen werden derzeit bereits sporadisch im Speiseplan im Schulbereich integriert. Für Schwangere, Stillende, Säuglinge, Kinder und Jugendliche wird eine vegane Ernährung von der DGE nicht empfohlen (https://www.dge.de/index.php?id=515). Die wöchentlichen Speisepläne in den Kindertageseinrichtungen und Schulen basieren auf den DGE-Empfehlungen für den vor-/schulischen Bereich und ein verpflichtendes veganes Angebot ist nicht vertretbar. Eltern haben die Möglichkeit am Wochenende die Essensversorgung ihrer Kinder nach eigenen Vorstellungen zu ergänzen.	https://www.dge.de/index.php?id=515
9. Nachhaltiges Veranstaltungsmanagement und klimafreundliches Catering bei Stadtfesten, Sportveranstaltungen und Bürgerfesten: Wahl klimafreundlicher Veranstaltungsorte inkl. klimafreundlicher Energieversorgung, beim Catering hoher Anteil an pflanzlichen, regionalen, saisonalen und Bio-Produkten, Vermeidung Verpackungen, Kommunikation klimafreundlicher Angebote.		Die städtische Arbeitsgruppe "Konsum&Ernährung" plant eine Checkliste und Auflagen für nachhaltige Veranstaltungen. Leitfaden für nachhaltige städtische Empfänge und Überprüfung Abfallkonzept in Arbeit. Einbindung von HD-Marketing, Sportvereine und Vernetzung/Unterstützung Vereine angelaufen. Qualifizierung des Personals zur nachhaltigen Durchführung von Veranstaltungen sowie Beschaffungen Umsetzung durch: -Verwendung von regionalen, saisonalen und Bio-Produkten bei eigenen Veranstaltungen -Verzicht auf Druckexemplare zu Gunsten von Online-Veröffentlichungen	
10. Einführung des Job-Tickets in 50% der Heidelberger Unternehmen bis 2025 und Bewerbung als Modellstadt für die Einführung des 365 € Tickets beim Bund.	10.1 Einführung des Job-Tickets in 50% der Heidelberger Unternehmen bis 2025	VRN/rnv bereiten aktuell eine Marketingoffensive zur Bewerbung und Verbreitung des JobTickets verbundweit vor (auch in Heidelberg). Aktuell haben in Heidelberg 275 Firmen eine JobTicket-Vereinbarung. Von möglichen 47.212 Mitarbeiter*innen haben 17.049, also 36 %, ein JobTicket Darüber hinaus erarbeitet Amt 81 ein ab November 2020 in Neuenheim umzusetzendes Konzept zum Betrieblichen Mobilitätsmanagement, u.a. mit dem Ziel der Ausbreitung von JobTickets. Die Stadtverwaltung Heidelberg hat bereits eine JobTicket-Offensive gestartet. Durch das neue Angebot der Stadt wurden alleine im April 85 Neuanträge für das JobTickets gestellt (Mai +6, Juni +4). Gleichzeitig wurden im Zuge dieser Offensive die Kosten für die PKW-Stellplätze angehoben. Für den Mitarbeitenden ist somit das JobTicket günstiger als ein Stellplatz. Insgesamt nutzen 1340 städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter das JobTicket (50,6 % der Beschäftigten). Zudem werden im Rahmen des Förderprogramms "Umweltfreundlich mobil" Firmen, die erstmalig das JobTicket einführen, je nach Mitarbeiteranzahl mit 1000 bzw 500 Euro gefördert.	DS0046/2020/BV
	10.2 Bewerbung als Modellstadt für die Einführung des 365 € Tickets beim Bund	Die Bewerbung als Modellstadt zur Einführung des 365 Euro-Tickets ist mangels Förderaufruf beim Bund nicht möglich. Die Verwaltung vertritt eine ablehnende Haltung gegenüber einem 365 Euro-Ticket. Erfahrungen zeigen, dass die Qualität eine wesentlich höhere Relevanz für die ÖPNV-Nutzung hat als der Preis. Über eine Vorlage soll die grundsätzliche Haltung zum 365-Euro-Tickets geschärft werden.	DS0289/2020/BV
11. Ausbau 4 weiterer Radschnellwege in die Region.		Aktuell sind die 4 Radschnellverbindungen (HD-Mannheim, HD-Schwetzingen, HD-Darmstadt, HD-Wiesloch/Walldorf/Bruchsal) in der Diskussion. RSV HD-MA: Trassenfestlegung ist erfolgt, Übergang in Entwurfsphase, Zeitplan ist beim RP Karlsruhe angefordert, liegt noch nicht vor, grobe Planung: Weitere Ortsbegehungen im Herbst 2020 inklusive Information für Gremien, danach öffentliche Informationsveranstaltungen, Mitte 2021: Planfeststellungsverfahren; RSV HD-Schwetzingen: Kommunen haben eine Kooperationsvereinbarung mit dem Land unterzeichnet. Danach: Beginn offizieller Planungen. Einen Plan, in dem alle Radschnellverbindungen/Radhaupttrouten/Radwege verzeichnet sind, die realisiert wurden und realisiert werden, ist nicht bekannt Neben den an bestimmte formale Kriterien gebundenen Radschnellverbindungen verfolgt die Verwaltung weitere Radhaupttrouten. Ein Beispiel dafür ist der Verkehrsversuch B37 (HD-Schlierbach - Neckargemünd).	DS0042/2020/IV DS0340/2020/BV

Text 30-Punkteplan (0329/2019/BV) BUA am 22.10.2019 und GR am 21.11.2019	Unterpunkte	Sachstand Oktober 2020	Hinweis zu Vorlagen oder Aufsichtsrates chlüssen
12. Einrichtung von 4 + x Sonderbuslinien zur Reduzierung des MIV-Anteils am Pendlerverkehr auf der Grundlage einer Taskforce bestehend aus der Stadt Heidelberg, den umliegenden Kommunen und den großen Arbeitgebern in Heidelberg und Umland, die konkret vorliegenden Pendlerströme erfasst und die notwendigen Umlagerungsmaßnahmen hin zu ÖPNV und Radverkehr entwickelt.		Eine erste Beratung fand in der Sitzung des GR am 08.10.2020 statt. In den kommenden Monaten ist die Beratung der übrigen Linien im Rahmen der Regionalen Linienbündel geplant. Die Umsetzung soll ab Dezember 2021 erfolgen. Es handelt um derzeit insgesamt 4 Buslinien, eine aus dem Stadtbündel Heidelberg und 3 aus den regionalen Linienbündel.	DS0292/2020/BV
13. Pflanzung eines „Klimawäldchens“ in jedem Stadtteil – 3000 Bäume bis 2025 (jährlich 500 Bäume), insbesondere für derzeit versiegelte Flächen.		Für die Pflanzung von Bäumen in der angedachten Größenordnung der Klimawäldchen sind Flächen in entsprechendem Umfang notwendig. Es wurde vom Umweltamt und vom Landschaftsamt eine Liste mit möglichen Standorten erarbeitet. Die Verfügbarkeit geeigneter Flächen wird derzeit geprüft. Potentiell geeignete Flächen werden anschließend auf die Möglichkeiten einer Umsetzung von Baumpflanzungen untersucht. Der Vorschlag für ein ‚Pflanzprogramm Klimaschutzwäldchen‘ wurde entwickelt. Erste Arbeiten zur Flächenvorbereitung können im Herbst/ Winter 2020/21 beginnen.	
14. Ausweitung des „Grünen Gürtels“ in Heidelberg		Wird Bestandteil der Biodiversitätsstrategie des Biotopvernetzungs-konzepts und des Artenschutzplans. Er ist als Themenpunkt im MRO integriert und wird im Rahmen von Artenschutzplan, Biotopvernetzung und Biodiversitätsstrategie definiert.	DS 0331/2019/BV
15. Realisierung von Klimawandel-Anpassungsmaßnahmen an öffentlichen Gebäuden bis 2025.		Hinsichtlich Klimaanpassung an Starkregen wurden bereits 15 kommunale Gebäude-streckbriefe mit Klimawandelanpassungsvorschlägen erstellt. Die Verwaltung ist beauftragt einen Fassadenbegrünungs-Wettbewerb sowohl für private Hausbesitzer, als auch für die Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH Heidelberg (GGH) und andere Bau-träger auszuloben. Für die weitere Planung und Umsetzung von Klimawandel-Anpassungsmaßnahmen gegen Überhitzung wurde eine neue Stelle vom GR beschlossen (DS 0331/2019/BV).	DS 0331/2019/BV DS 0210/2020/BV
16. Alle Entwicklungskonzepte (MRO, FNP, VEP, STEK und weitere) stehen zukünftig unter dem Fokus Klimaschutz, Klimaanpassung und Erhalt der Biodiversität. Die Flächen mit hoher ökologischer Wertigkeit müssten verbindlich im Modell räumliche Ordnung, im Flächennutzungsplan und im Stadtentwicklungskonzept fixiert werden. Hierdurch könnte ein sogenannter „Grüngürtel“ für Heidelberg festgelegt werden.		Zu MRO und Regionalplanung findet ein Austausch in Bezug auf Vorbehaltsflächen für Erneuerbare Energie statt. Energiethemen wie Passivhaus und Solarenergie auf Dachflächen sind zu integrieren. In einer AG werden in Zusammenarbeit von 61, 12, 81 und 31 die Themen abgestimmt. Abschluss der Analysephase MRO und Start der Konzeptphase ist im Herbst 2020 vorgesehen. Kartierung aller arten- und naturschutzfachlich relevanten Flächen in der Analyse. Auch in der Konzeptphase bleibt der Fokus Bestandteil der Bearbeitung. Der FNP wurde aktuell fortgeschrieben und am 07.07.2020 bekanntgemacht.	DS 0331/2019/BV
17. Teilnahme von 20% aller kleinen und mittleren Heidelberger Unternehmen am Netzwerk „Nachhaltiges Wirtschaften“.		Die Quote von 20% bezieht sich auf Heidelberger Unternehmen mit mehr als 5 Mitarbeitern - das sind etwa 1.000 von insgesamt rund 7.500 Unternehmen. Somit sollten 200 Unternehmen teilnehmen. Seit 2001 haben bisher 140 Unternehmen in 15 Projektphasen erfolgreich am Kooperationsprojekt „Nachhaltiges Wirtschaften“ teilgenommen und dabei rund 2.300 Tonnen CO ₂ pro Jahr eingespart. Für die 16. Projektphase (voraussichtlich ab 1. Q. 2021) haben sich bereits vier Unternehmen angemeldet.	

Text 30-Punkteplan (0329/2019/BV) BUA am 22.10.2019 und GR am 21.11.2019	Unterpunkte	Sachstand Oktober 2020	Hinweis zu Vorlagen oder Aufsichtsrates chlüssen
<p>18. Etablierung</p> <ul style="list-style-type: none"> - einer auf in Kooperation mit einer wissenschaftlichen Einrichtung ermittelten Kennziffern basierenden Klimaschutzprüfung für alle gemeinderätlichen Beschlüsse, - einen Umweltausschuss, der durch verbandliche und wissenschaftliche Expert*innen beraten wird und der alle klimarelevanten Gemeinderatsanträge beschließen muss, - eine im gemeinderätlichen Entscheidungsprozess verpflichtende Vorlage von Maßnahmen zur Partizipation und zum sozialen Ausgleich bei allen städtischen Klimaschutzbeschlüssen, - eines partizipativen Instruments, das den zukünftigen Generationen eine Stimme verleiht. 	<p>18.1 Etablierung einer auf in Kooperation mit einer wissenschaftlichen Einrichtung ermittelten Kennziffern basierenden Klimaschutzprüfung für alle gemeinderätlichen Beschlüsse,</p>	<p>Das Deutsche Institut für Urbanistik (difu) hat in Abstimmung mit dem Deutschen Städtetag (DST) und dessen Fachgremien (Fachkommission Umwelt und Umweltausschuss) einen Vorschlag erarbeitet, wie eine Prüfung der Klimarelevanz bei der Erstellung von Beschlussvorlagen bzw. bei Anträgen in den kommunalen Vertretungskörperschaften gestaltet werden kann. Die Verwaltung prüft die Anwendbarkeit bei der Stadt Heidelberg insbesondere in Abstimmung mit der bereits existierenden Nachhaltigkeitprüfung von gemeinderätlichen Vorlagen.</p>	
	<p>18.2 Etablierung eines Umweltausschusses, der durch verbandliche und wissenschaftliche Expert*innen beraten wird und der alle klimarelevanten Gemeinderatsanträge beschließen muss</p>	<p>Es ist aktuell nicht vorgesehen, gemeinderätliche Gremien dauerhaft mit externen Beraterinnen oder Beratern zu besetzen. Eines der Argumente hierfür sind die Bestrebungen, die Sitzungsdauer der Ausschüsse auf das Nötigste zu beschränken. Die Erhöhung der Mitglieder in den Gremien führt unweigerlich zu einer zeitlichen Verlängerung durch einen zu erwartenden Anstieg der Redezeiten. Bei spezifischen Themen können Externe einbezogen werden.</p>	
	<p>18.3 eine im gemeinderätlichen Entscheidungsprozess verpflichtende Vorlage von Maßnahmen zur Partizipation und zum sozialen Ausgleich bei allen städtischen Klimaschutzbeschlüssen</p>	<p>Die Entscheidung über diese Zielvorgabe soll im neuen Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität getroffen werden.</p>	
	<p>18.4 Etablierung eines partizipativen Instruments, das den zukünftigen Generationen eine Stimme verleiht.</p>	<p>Hierzu wurde vom Gemeinderat die Koordinierungsstelle Bürgerbeteiligung bei Amt 12 um die Aufgabe der Kinder- und Jugendbeteiligung verstärkt. Durch die Einbeziehung des Jugendgemeinderates in klimaschutzrelevante Entscheidungen soll die junge Generation zusätzlich am Klimaschutz in Heidelberg beteiligt werden.</p>	
<p>19. Die stetige Umwandlung von Parkplätzen in Parkhäusern/Tiefgaragen und im öffentlichen Raum in Fahrradabstellanlagen oder Radverkehrsanlagen wird umgesetzt.</p>		<p>Mithilfe eines entwickelten Formblattes werden, verbunden mit der bedarfsorientierten Attraktivitätssteigerung von Stadtteilkernen, geeignete Flächen identifiziert. Offen sind Priorisierung und eine klare Zielvorgabe. In 2019/20 wurden noch keine Flächen umgewandelt. In Parkhäusern und Tiefgaragen sind die Stellplätze häufig lt. LBO gebunden. Dieses Ziel widerspricht unter Umständen der LBO.</p>	

Text 30-Punkteplan (0329/2019/BV) BUA am 22.10.2019 und GR am 21.11.2019	Unterpunkte	Sachstand Oktober 2020	Hinweis zu Vorlagen oder Aufsichtsrates chlüssen
20. Gehwegparken wird stadtweit verhindert, damit die Menschen sicher auf dem Gehweg unterwegs sein können. Falschhandeln wird konsequent geahndet		Ziel ist, pro Jahr in circa ein bis zwei Straßen das Gehwegparken zu reduzieren. Das gilt für illegales Gehwegparken und legalisiertes Gehwegparken mit einer Gehwegrestbreite bis 1,5 Metern. Neben dem Klimaschutz geht es hier um den Sicherheitsaspekt (Sicherheitsaudit). Fokussiert werden Straßen, die Teil von Schulwegrouten sind. Auch auf die Daten aus der „Hürdenlos-App“ für mobilitätseingeschränkte Personen soll zurückgegriffen werden. Dabei wird die Verkehrsstärke des Kraftverkehrs relevant (viel MIV, sorgt für hohe Priorität). Bei durch Gehwegparken verbleibenden Restbreiten bis zu einem Meter soll abgeschleppt werden. Bisher wurde in 11 Straßen das Gehwegparken bereits unterbunden.	
21. Kostenloser ÖPNV im RNV Gebiet wird am Wochenende eingeführt. Gleichzeitig werden die Parkgebühren für die städtischen Parkhäuser und den öffentlichen Raum um 50% erhöht.	21. 1 Kostenloser ÖPNV im RNV Gebiet wird am Wochenende eingeführt.	Kostenloser ÖPNV im RNV-Gebiet am Wochenende ist im Zusammenhang mit Punkt 22 zu klären. Gremienvorlage folgt.	
	21.2 Gleichzeitig werden die Parkgebühren für die städtischen Parkhäuser und den öffentlichen Raum um 50% erhöht.	Die Parkgebührenerhöhung vollzieht sich in zwei Schritten zum 01.07.2020 und zum 01.01.2022 um insgesamt 50%.	DS 0404/2019/BV
22. Es wird eine Nahverkehrsabgabe in Höhe von 365€ umgesetzt, sobald die Landesregierung die rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen hat. Über den Städtetag wird die Ermöglichung forciert. Über die Nahverkehrsabgabe sollen alle Zahlenden eine Jahreskarte für den ÖPNV bekommen.		Nahverkehrsabgabe ist ein Finanzierungsmodell für den sogenannten „fahrlos-ÖPNV“ (siehe Punkt 7), deren Betrag in jeder Höhe festgelegt werden kann - soziale Aspekte sind hier nicht berücksichtigt. (Das 365-Euro-Ticket ist ein spezielles Tarifangebot und hier nicht gemeint) Das VM BW vermeidet den negativen Begriff der „Nahverkehrsabgabe“ und formuliert positiv („Mobilitätspass“). Eine Kommune kann nach aktueller Gesetzeslage noch keine derartige Abgabe einführen. Allerdings wird ein entsprechender Gesetzesentwurf bereits in den Gremien des Deutschen Städtetags diskutiert und seitens des Landes daran gearbeitet. Zu diesem Thema gab es im AKUM im Oktober unter Zuziehung des Verkehrsministeriums Ba-Wü und des Gutachters eine Informationsvorlage.	
23. Einrichtung eines städtischen Dialogs mit jenen Heidelberger Bürger*innen, die Heidelberger Boden privat oder gewerblich landwirtschaftlich nutzen. Im Rahmen dieses Austauschs werden Hilfen zum Umstieg auf eine ökologisch und klimatisch verträglichere landwirtschaftliche Nutzung entwickelt und umgesetzt.		Rund 20 in der Region ansässige Akteure aus Landwirtschaft, Garten- und Weinbau, Lebensmittelhandwerk und Lebensmittelhandel sind dem Aufruf der Stadt Heidelberg gefolgt und gründen die Genial Regional Marketing Organisation Heidelberg Rhein-Neckar GmbH, kurz GeReMO. Die Organisation soll Mitglieder- und Partnerbetriebe dabei unterstützen, ihre Produkte zu angemessenen Preisen auf kurzen Wegen in der Region zu vermarkten. Die nach den Kriterien der Gemeinschaft hergestellten Produkte sollen mit dem Herkunfts- und Qualitätszeichen „genial regional“ gekennzeichnet werden. Zu den geplanten Aufgaben der Gesellschaft gehören unter anderem die Organisation und Durchführung von Informationsmaßnahmen sowie die Bereitstellung von Marketing- und Kommunikationsmaterial, über die der Dialog zu Bürgerinnen und Bürgern - auch zu Umwelt- und Klimaschutzthemen - hergestellt wird.	
24. Einführung einer Parkraumbewirtschaftung, die die Kosten für die Bereitstellung des Parkraums besser als bisher abbildet und Falschparken konsequenter ahndet.		Die Erhöhung der Parkgebühren wurde am 17.12.2019 vom Gemeinderat beschlossen und vollzieht sich in zwei Schritten: 01.01.2020 von 0,50 auf 0,70 Euro und am 01.01.2022 auf 1,00 Euro (Vorlage: „Änderung der Parkgebührensatzung“). Geplant ist eine Erhöhung der Gebühren für Anwohnerparkausweise (derzeit: 36,00 Euro Verwaltungsgebühr). Notwendig ist dazu eine Änderung der rahmenden Gesetzgebung von Bund / Land um daraus eine Nutzungsgebühr abzuleiten, die deutlich höher (über 200 Euro pro Jahr) ausfallen kann. Sanktioniert wird Falschparken zunächst über Bußgelder. Bei mindestens zwei Tagen ohne gültigen Parkschein wird abgeschleppt.	DS 0404/2019/BV

Text 30-Punkteplan (0329/2019/BV) BUA am 22.10.2019 und GR am 21.11.2019	Unterpunkte	Sachstand Oktober 2020	Hinweis zu Vorlagen oder Aufsichtsrates chlüssen
25. Weiterentwicklung des Masterplans 100% Klimaschutz und Verabschiedung eines langfristigen Handlungspfads in Kooperation mit - wie auch bisher - einem unabhängigen wissenschaftlichen Institut, in dem dargestellt wird, wie die Heidelberger Klimaziele zu erreichen sind. Dieser beinhaltet einen konkreten Maßnahmenzeitplan und eine Maßnahmenabfolge, stellt Nachvollziehbarkeit und Überprüfbarkeit sicher und wird regelmäßig evaluiert, angepasst, und der Öffentlichkeit online zur Verfügung gestellt.		Im November 2019 wurde eine Fortschreibung des Masterplans 100 % Klimaschutz vorgelegt. Für ein Gutachten zu den Punkten 25, 26 und 29 des KAP werden Angebote eingeholt.	
26. Überprüfung der Heidelberger Klimaschutzziele, indem ein unabhängiges wissenschaftliches Institut beauftragt wird, in einem Gutachten darzulegen, welche Maßnahmenbündelerforderlich wären, um ambitioniertere Klimaschutzziele – wie bspw. ein Vorziehen der Heidelberger Klimaneutralität von 2050 auf Ende der 2030er-Jahre – zu realisieren.		Minderungspotenziale für Maßnahmen im Energiebereich lassen sich grob abschätzen . Im Verkehrsbereich ist das nicht möglich, hier müssen Modellrechnungen erfolgen, die einen hohen Aufwand verursachen.	
27. Die Stadtverwaltung legt eine CO ₂ -Bilanz für den Verkehrsbereich für Heidelberg und den Rhein-Neckar-Kreis vor, aus der die Bedeutung von Heidelberg als Oberzentrum für die Region und die Wechselwirkungen zwischen Heidelberg und den Umlandgemeinden im Verkehrsbereich hervorgehen.		Eine CO ₂ -Bilanz für den Verkehr in der Region wurde vom Verband Region Rhein-Neckar beauftragt und im September im Planungsausschuss des VRRN vorgestellt.	
28. Eine Potentialerhebung, wie eine CO ₂ -neutrale Wärmeversorgung in Heidelberg aus Kostensicht am besten erreicht werden kann, muss umgehend durchgeführt werden.		Der größte Anteil der CO ₂ -Emissionen aus der Wärmeversorgung in Heidelberg ist durch Erdgas-Heizungen verursacht (40% der Wärme, 50% der CO ₂ -Emissionen), aufgrund des hohen Anteils an der Wärmeversorgung liegt die Fernwärme auf dem zweiten Platz (50% der Wärme, 37% der CO ₂ -Emissionen). Ölheizungen weisen spezifisch höhere Emissionen auf, sie haben einen Anteil von 7% an der Wärmeversorgung und einen Anteil von 12% an den CO ₂ -Emissionen der Wärme. Die niedrigsten spezifischen CO ₂ -Emissionen weist durch Kraft-Wärme-Kopplung und Einsatz erneuerbarer Energien die Fernwärme auf. Durch Umstellung auf CO ₂ -freie Energiequellen stellt die Fernwärme das wichtigste Instrument zur CO ₂ -neutralen Wärmeversorgung von Heidelberg dar. Von hoher Bedeutung sind der Ausbau des Fernwärmenetzes und die Erhöhung der Anschlussdichte im bestehenden Versorgungsgebiet, also die Umstellung von Öl- und Gasheizungen auf Fernwärme. In dünner besiedelten Randbereichen des Stadtgebietes soll künftig die dezentrale Wärmezeugung mit Wärmepumpen in Verbindung mit erneuerbarem Strom eine wachsende Bedeutung erhalten. Strategien für weitere Umstellung der Fernwärme auf erneuerbare Quellen, die Umstellung von Ölheizungen und die zukünftige Rolle der Erdgasversorgung sind in Vorbereitung. Potentiale und Trendentwicklungen der energetischen Sanierung sind zu berücksichtigen.	

Text 30-Punkteplan (0329/2019/BV) BUA am 22.10.2019 und GR am 21.11.2019	Unterpunkte	Sachstand Oktober 2020	Hinweis zu Vorlagen oder Aufsichtsrates chlüssen
		Für die Fernwärme erarbeiten die Stadtwerke derzeit einen Umsetzungsplan zur Dekarbonisierung. Dieser befindet sich in Abstimmung mit den regionalen Partnern und wird in den Eckpunkten Ende 2020 vorliegen. Er dient dann auch als Grundlage einer künftigen kommunalen Wärmeplanung, die im aktuellen Entwurf des Landesklimaschutzgesetzes für die Städte mit mehr als 20.000 Einwohnern in Baden-Württemberg verpflichtend vorgesehen ist. Eine gutachterliche Untersuchung sollte ein Wärmekataster für das Stadtgebiet umfassen- mit Schwerpunkt auf der Wärmeversorgung im nicht mit Fernwärme-versorgten Teilen des Stadtgebietes.	
29. Es soll eine Prognose abgegeben werden, wie viel CO ₂ -Reduktion die einzelnen Maßnahmen verursachen werden. Außerdem soll ein Indikatoren-Set für alle umgesetzten Klimaschutzmaßnahmen erstellt werden, um die Effektivität der Maßnahmen zu zeigen.	29.1 Es soll eine Prognose abgegeben werden, wie viel CO ₂ -Reduktion die einzelnen Maßnahmen verursachen werden.	Die Ausarbeitung der Prognose über die Wirksamkeit von Maßnahmen ist 2021 vorgesehen.	
	29.2 Außerdem soll ein Indikatoren-Set für alle umgesetzten Klimaschutzmaßnahmen erstellt werden, um die Effektivität der Maßnahmen zu zeigen.	In 2021 ist die Entwicklung von Indikatoren vorgesehen. Grundlage bilden die Benchmarks aus dem Praxisleitfaden Klimaschutz für Kommunen vom difu.	
30. Die Verwaltung wird beauftragt, die verschiedenen Maßnahmen den einzelnen Sektoren zuzuteilen.		Steuerung der Umsetzung in Verwaltung und städt. Gesellschaften durch regelmäßige Thematisierung in der Verwaltungskonferenz als "Taskforce Klimaschutz-Aktionsplan" sowie der Klimaschutz-Aktionsgruppe unter Leitung des OB (tagte seit 2019 viermal). Ist mit der thematischen Liste des Klimaschutz-Aktionsplans erfolgt. Die Koordination der Prozesse liegt federführend beim Dezernat für Klimaschutz, Umwelt und Mobilität und dort beim Amt für Umweltschutz, Gewerbeaufsicht und Energie.	